

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 8. Auflage .....	5
Abkürzungen.....	14
Literatur/Literaturempfehlungen.....	16
<b>1 Einführung</b>	
<b>2 Alternativen zur Rechtlichen Betreuung – „Schon heute bestimmen, was später einmal geschehen soll“</b>	
2.1 Die tatsächliche Vorsorge durch vorausschauende Planungen und Verfügungen.....	23
2.2 Gegenseitige Vertretung von Ehegatten/eingetragenen Lebenspartnern in Angelegenheiten der Gesundheitsvorsorge.....	27
2.3 Die rechtliche Vorsorge durch Vollmacht.....	34
2.3.1 Auswahl des Bevollmächtigten.....	35
2.3.2 Welche Angelegenheiten können einem Bevollmächtigten übertragen werden?.....	36
2.3.3 Kontrolle der bevollmächtigten Person.....	37
2.3.4 Form Vollmacht zur Vorsorge.....	39
2.3.5 Einbindung eines Anwaltes.....	41
2.3.6 Besondere Konstellationen.....	41
2.3.6.1 Betreuungsfall Eltern.....	41
2.3.6.2 Betreuungsfall geistig behindertes Kind.....	42
2.4 Die Betreuungsverfügung.....	42
2.5 Die Patientenverfügung.....	45
2.5.1 Die gesetzlichen Regelungen.....	45
2.5.2 Inhalt der Patientenverfügung.....	48
2.5.3 Die rechtliche Kompetenz zur Bestimmung durch eine Patientenverfügung.....	51
2.5.4 Beispiel für eine Patientenverfügung.....	51
2.5.5 Patientenverfügung in leichter Sprache.....	52
2.5.6 Patientenverfügungen im Zeitalter der personalisierten Medizin.....	53
2.5.7 „Sonderfall“ psychiatrische Patientenverfügung.....	54
2.5.8 Der Umgang mit Patientenverfügungen in Institutionen.....	62
2.5.9 Kritische Anmerkungen.....	63
2.5.10 Auf dem Weg zur aktiven Sterbehilfe? Eine verbesserte Hospiz- und Palliativversorgung als Antwort!.....	65
2.5.11 Heutiges Medizinverständnis und Patientenverfügung.....	72
2.5.12 Das ethische Konsil und die ethische Fallbesprechung.....	73
2.6 Selbsthilfe.....	76

### 3 Die Einrichtung der rechtlichen Betreuung

3.1 Grundsatz der Erforderlichkeit .....	79
3.2 Das Vorliegen von Krankheit oder Behinderung .....	84
3.3 Der Beginn des Verfahrens .....	85
3.4 Die Bedeutung des Willens der betroffenen Person .....	86
3.4.1 Der freie Wille .....	87
3.4.2 Der natürliche Wille .....	88
3.4.3 Der mutmaßliche Wille .....	89
3.4.4 Die Einrichtung einer rechtlichen Betreuung gegen den Willen des betroffenen Menschen .....	90
3.5 Das Gericht ermittelt oder die Suche nach Entscheidungshilfe .....	91
3.6 Verfahrenspfleger*in .....	93
3.7 Die Aufgaben der Betreuungsbehörde im Betreuungsverfahren .....	94
3.8 Die Auswahl einer für die Führung der rechtlichen Betreuung geeigneten Person .....	98
3.8.1 Wünsche zur rechtlich betreuenden Person .....	99
3.8.2 Vorrang ehrenamtlich tätiger rechtlicher Betreuer*innen .....	100
3.8.3 Rechtliche Berufsbetreuer*innen .....	105
3.8.4 Mehrere rechtliche Betreuer .....	109
3.8.5 Der Betreuungsverein als rechtlicher Betreuer .....	110
3.8.6 Die Betreuungsbehörde als rechtlicher Betreuer .....	110
3.8.7 Wechsel des rechtlichen Betreuers .....	111
3.9 Gutachten, ärztliches Attest .....	113
3.10 Die persönliche Anhörung der betroffenen Person .....	118
3.11 Zwangsmaßnahmen zur Durchführung des Verfahrens .....	122
3.12 Die Entscheidung des Gerichts .....	123
3.12.1 Inhalt des Beschlusses .....	123
3.12.2 Aufgabenkreis .....	126
3.12.3 Einwilligungsvorbehalt .....	131
3.12.4 Das Eilverfahren .....	133
3.12.5 Erweiterung des Aufgabenkreises .....	134
3.12.6 Überprüfung der rechtlichen Betreuung .....	134
3.12.7 Wirksamkeit der gerichtlichen Entscheidung .....	136
3.12.8 Rechtsmittel .....	136

## 4 Grundsätze zur Führung der rechtlichen Betreuung

<b>4.1 Rechtliche Betreuung ist Hilfe zur Führung eines selbstbestimmten Lebens</b> .....	140
4.1.1 Leitgedanke und Auftrag der rechtlichen Betreuung.....	140
4.1.2 Befugnisse des rechtlichen Betreuers.....	141
4.1.3 Die Pflicht zur Wunschbefolgung.....	144
4.1.4 Der Weg ist das Ziel – Unterstützung vor Vertretung .....	146
4.1.4.1 Allgemeine Gedanken zur Methodik.....	146
4.1.4.2 Unterstützung vor Vertretung.....	147
4.1.4.3 Der Wert der persönlichen Betreuung .....	153
<b>4.2 Die betreuungsrechtliche Schutzverpflichtung</b> .....	157
<b>4.3 Besprechungspflicht/persönliche Betreuung</b> .....	163
4.3.1 Allgemeines .....	163
4.3.2 Formen des Kontakts.....	164
4.3.2.1 Besuche.....	164
4.3.2.2 Treffen an neutralem Ort.....	165
4.3.2.3 Besuch der rechtlich betreuten Person beim rechtlichen Betreuer.....	165
4.3.2.4 Telefonat.....	165
4.3.2.5 Schriftliche Kontakte.....	166
4.3.2.6 Indirekte Kontakte.....	167
4.3.3 Häufigkeit der Kontakte .....	168
4.3.4 Inhalt der Besprechungspflicht.....	170
4.3.5 Absehen von der Besprechung.....	171
<b>4.4 Rehabilitation</b> .....	172
<b>4.5 Auskunftspflicht gegenüber nahestehenden Angehörigen</b> .....	173

## 5 Beratung und Aufsicht durch das Betreuungsgericht

<b>5.1 Verpflichtung zur gewissenhaften Führung der rechtlichen Betreuung</b> .....	175
<b>5.2 Betreuerausweis</b> .....	176
<b>5.3 Aufsicht durch das Betreuungsgericht</b> .....	177
<b>5.4 Anfangsbericht/Anfangsgespräch</b> .....	182
<b>5.5 Vermögensverzeichnis</b> .....	187
<b>5.6 Jahresbericht</b> .....	190
<b>5.7 Rechnungslegung</b> .....	192
<b>5.8 Auskunfts- und Mitteilungspflichten</b> .....	195

<b>5.9 Abschließende Aufsicht nach dem Ende der rechtlichen Betreuung .....</b>	<b>197</b>
5.9.1 Ende der rechtlichen Betreuung .....	197
5.9.2 Schlussbericht .....	198
5.9.3 Herausgabe des Vermögens .....	198
5.9.4 Schlussrechnungslegung und Rechnungsprüfung .....	198
5.9.5 Besorgung der Angelegenheiten nach Beendigung der rechtlichen Betreuung .....	200
5.9.6 Zusammenfassung der zu erledigenden Aufgaben nach dem Tod der rechtlich betreuten Person .....	200

## **6 Beispiele aus den Aufgabenbereichen**

<b>6.1 Aufgabenbereich Gesundheitsfürsorge, Untersuchung, Heilbehandlung, ärztlicher Eingriff.....</b>	<b>202</b>
6.1.1 Tätigkeiten zu Beginn der rechtlichen Betreuung .....	202
6.1.2 Unterstützung/Vertretung im Krankheitsfall .....	203
6.1.3 Leitfaden für das Aufklärungsgespräch .....	208
6.1.4 Genehmigung des Betreuungsgerichts bei ärztlichen Maßnahmen .....	211
6.1.5 Eile ist geboten .....	215
6.1.6 Einwilligung in die ärztliche Zwangsbehandlung .....	216
6.1.6.1 Zwang und Zwangsmittel.....	218
6.1.6.2 Die Freiheit zur Selbstschädigung.....	219
6.1.6.3 Vorrang der Patientenverfügung .....	219
6.1.6.4 Vorrang des einvernehmlichen Zusammenwirkens .....	219
6.1.6.5 Vorrang des mutmaßlichen Willens .....	221
6.1.6.6 Fehlende Einsichts- und Steuerungsfähigkeit .....	222
6.1.6.7 Zwangsbehandlung zur Abwendung erheblicher Gefahr.....	222
6.1.6.8 Zwangsbehandlung als letztes Mittel.....	223
6.1.6.9 Der Nutzen muss das Risiko deutlich überwiegen .....	224
6.1.6.10 Formulierung des Antrags .....	224
<b>6.2 Freiheitsentziehende Unterbringung und freiheitsentziehende Maßnahmen.....</b>	<b>226</b>
<b>6.3 Aufgabenbereichen zur Wohnsituation und zum Aufenthalt.....</b>	<b>235</b>
6.3.1 Zur Bedeutung der Wohnsituation .....	235
6.3.2 Aufgabenbereiche .....	236
6.3.3 Bestandsaufnahme gängiger Wohnsituationen .....	237
6.3.3.1 Ältere Menschen im eigenen Wohnraum .....	238
6.3.3.2 Ältere Menschen in der Mehrgenerationenfamilie .....	242
6.3.3.3 Ambulant betreutes Wohnen .....	243
6.3.3.4 Organisierte und nichtorganisierte Wohngemeinschaften .....	244
6.3.3.5 Alten- und Pflegeheim .....	245
6.3.4 Die Wünsche der rechtlich betreuten Person .....	246

6.3.5	Der Wechsel in eine Einrichtung der stationären Altenhilfe .....	247
6.3.6	Verfahren bei Aufgabe von Wohnraum .....	251
6.3.7	Durchführung des Wohnraumwechsels .....	256
<b>6.4</b>	<b>Vermögensangelegenheiten .....</b>	<b>257</b>
6.4.1	Zu den Aufgabenbereichen in der Vermögenssorge .....	257
6.4.2	Ermittlung und Sicherung des Vermögens .....	258
6.4.3	Allgemeine Grundsätze der Besorgung von Vermögensangelegenheiten .....	264
6.4.3.1	Erforderlichkeit .....	265
6.4.3.2	Verfügungsgeld .....	266
6.4.3.3	Bargeldloser Zahlungsverkehr .....	267
6.4.3.4	Ungeklärte Fragen zur Pflicht der Verwahrung des Verfügungsgeldes auf einem Girokonto in Verbindung mit der Pflicht zum bargeldlosen Zahlungsverkehr .....	268
6.4.3.5	Anlagepflicht .....	271
6.4.3.6	Depotverwahrung und Hinterlegung von Wertpapieren .....	273
6.4.3.7	Verwahrung von Wertgegenständen .....	274
6.4.4	Selbstbestimmung und Schutz im Bereich der Vermögensverwaltung .....	275
6.4.5	Einwilligungsvorbehalt in der Vermögenssorge .....	281
6.4.6	Anzeige und Mitteilungspflichten in der Vermögenssorge .....	282
6.4.7	Genehmigungsbedürftige Rechtsgeschäfte .....	283
6.4.8	Rechtliche Unterstützung/Vertretung im Verwaltungsverfahren .....	286
<b>7</b>	<b>Kommunikation mit der rechtlich betreuten Person</b>	
7.1	<b>Kommunikation im Rechtsverkehr .....</b>	<b>290</b>
7.2	<b>Verwendung einer gemeinsamen Sprache .....</b>	<b>291</b>
7.3	<b>Grundkenntnisse zur Kommunikation .....</b>	<b>293</b>
7.3.1	Modellvorstellung menschlicher Kommunikation frei nach Friedemann Schulz von Thun .....	293
7.3.2	Die Grundhaltung .....	294
7.3.2.1	Die Kraft zur Bewältigung der eigenen Angelegenheiten kommt aus dem betroffenen Menschen selbst .....	295
7.3.2.2	Akzeptanz (vorbehaltloses Wahrnehmen und Respektieren der rechtlich betreuten Person) .....	296
7.3.2.3	Empathie (emotionales Zugewandtsein, einführendes Verstehen) .....	296
7.3.2.4	Echtheit .....	296
7.3.2.5	Resümee .....	297
7.4	<b>Das Gespräch zur Unterstützung bei der Entscheidungsfindung .....</b>	<b>298</b>
7.4.1	Der Begriff der Entscheidung .....	298
7.4.2	Betreuungsrechtliche Unterstützung bei der Entscheidungsfindung .....	300

7.4.3	Methoden zur Unterstützung bei der Findung einer Entscheidung bei rechtlicher Betreuung.....	301
7.4.4	Die Bedeutung der Beziehung.....	304
<b>7.5</b>	<b>Hilfreiches zur Kommunikation.....</b>	<b>306</b>
7.5.1	Vorbereitung auf das Gespräch.....	306
7.5.2	Das Herstellen einer unterstützenden Umgebung.....	307
7.5.3	Die Betonung von „Hier“ und „Jetzt“.....	307
7.5.4	Barrierefreie Kommunikation.....	308
7.5.5	Erweitern der kognitiven Fähigkeiten.....	308
7.5.6	Das Verstandene reflektieren.....	308
7.5.7	Entwicklung der Strategie zur Problembewältigung.....	309
<b>7.6</b>	<b>Ein Appell.....</b>	<b>309</b>
<b>8</b>	<b>Aktenführung</b>	
<b>9</b>	<b>Datenschutz</b>	
9.1	Verarbeitung personenbezogener Daten.....	312
9.2	Datensicherheit.....	315
9.3	Checkliste.....	316
<b>10</b>	<b>Haftung des rechtlichen Betreuers</b>	
<b>11</b>	<b>Kosten der rechtlichen Betreuung</b>	
<b>Anhang – Rechtsvorschriften</b>		
1	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (GG).....	334
2	Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen.....	334
3	Bürgerliches Gesetzbuch (BGB).....	336
4	Gesetz über die Vergütung von Vormündern und Betreuern (Vormünder- und Betreuervergütungsgesetz – VBVG).....	375
5	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG).....	384
6	Rechtspflegergesetz (RPfLG).....	410
7	Bundesnotarordnung (BNotO).....	412
8	Verordnung über das Zentrale Vorsorgeregister (Vorsorgeregister-Verordnung – VRegV).....	413
9	Satzung über die Gebühren in Angelegenheiten des Zentralen Vorsorgeregisters (Vorsorgeregister-Gebührensatzung – VRegGebS).....	417

10	Sozialgesetzbuch (SGB) Zwölftes Buch (XII) – Sozialhilfe .....	421
11	Verordnung zur Durchführung des § 82 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch.....	438
12	Verordnung zur Durchführung des § 90 Abs. 2 Nr. 9 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch .....	443
13	Betreuungsorganisationsgesetz (BtOG).....	444
	Stichwortverzeichnis .....	460